

Was muss die CVP tun, um endlich wieder Wähler zu gewinnen? SEITE 16

Ignazio Cassis wird ein kluger Verhandler sein und viel Überzeugungsarbeit leisten müssen SEITE 17

# «Der Markt muss als Markt agieren lernen»

Für die Versorgungssicherheit braucht es laut Energieministerin Doris Leuthard zwingend das Stromabkommen mit der EU

Frau Bundespräsidentin, die vom Bundesamt für Energie in Auftrag gegebene Studie zur Versorgungssicherheit kommt zum Fazit, dass es bis 2035 in der Schweiz keine Stromengpässe gibt. Die inländischen Kapazitäten sollen reichen und das Übertragungsnetz die Anforderungen erfüllen. Und selbst Extremszenarien könnten im Inland kompensiert werden. Sie können also Entwarnung geben?

Das Ergebnis entspricht dem, was wir erwartet haben. Bis 2035 sollten die Massnahmen der neuen Energiegesetzgebung ausreichen. Das gibt uns Luft, dass wir nicht schon in zwei, drei Jahren eine komplett neue Lösung haben müssen. Wichtig ist aber, dass die Energiemärkte gut funktionieren. Die Studie empfiehlt, dass wir uns noch stärker in den europäischen Strommarkt einbinden und den Markt in der Schweiz weiter öffnen. Nach 2035 werden die Stützungsbeiträge für erneuerbare Energie wegfallen. Bis dann werden wir hoffentlich in den europäischen Strommarkt eingebunden sein.

Laut der Studie ist das Stromabkommen mit der EU für die Schweiz von zentraler Bedeutung. Während alle möglichen witterungsbedingten Extremszenarien durchgespielt werden, wird aber ein Scheitern des Stromabkommens ausgeblendet. Wir sind ja schon jetzt physikalisch über das Netz stark mit dem EU-Strommarkt verknüpft. Ohne Abkommen zahlen wir jedoch mehr für den Strom und würden in einer Krisensituation nicht vorrangig mit Strom versorgt; zuerst kämen die EU-Mitglieder dran. Diese Situation wird sich akzentuieren, als Drittland werden wir Beträge im Millionenbereich zusätzlich zahlen müssen.

Wo steht das EU-Stromabkommen?

Seit drei Jahren ist es wegen des fehlenden Rahmenabkommens mit der EU blockiert. Ursache war die Masseneinwanderungsinitiative. Danach wurde das Rahmenabkommen als Grundbedingung für das Stromabkommen hochstilisiert. Daran hat sich nichts geändert.

Für eine Einigung wären aber die Voraussetzungen in der Schweiz gar nicht gegeben. Der inländische Strommarkt ist ja nur zum Teil geöffnet.

Wir sind bereit. Es braucht nur noch einen Bundesbeschluss für die vollständige Öffnung. Die beste Versorgungssicherheit bietet laut Studie nicht Autarkie, sondern eine optimale Einbindung ins europäische Netz. Das unterstreicht die bundesrätliche Haltung, dass man eine Strommarktöffnung nicht auf ewig aufschieben kann oder sogar rückgängig macht, wie gewisse Kreise fordern.

Zeichnet sich eine Deblockade ab?

EU-Kommissions-Präsident Juncker kommt voraussichtlich Ende November in die Schweiz. Beim Rahmenabkommen sind noch einige Knoten zu lösen. Doch wenn das geregelt ist, geht es mit dem Stromabkommen schnell vorwärts. Der Bundesrat steht zu diesem Rahmenabkommen. Wir sind uns auch der innenpolitischen Schwierigkeiten bewusst. Von der Wirtschaft gibt es wenig Unterstützung, weil die grossen Verbraucher die Vorteile des offenen Markts bereits geniessen.

Die Studie geht davon aus, dass die Produktion in der Schweiz beträchtlich ausgebaut wird, vor allem in den Bereichen Solar- und Windkraft. Diese sind jedoch nicht geplant einsetzbar und für die Versorgungssicherheit weniger wertvoll.

Der Ausbau der Windkraft, eigentlich eine optimale Ressource im Winter, ist wegen Widerständen in der Bevölkerung tatsächlich schwierig. Bei der



Doris Leuthard: «Es braucht keinen Kapazitätsmarkt.»

KARIN HOFER / NZZ

Solarenergie geht es aber weiter vorwärts, und in einigen Jahren werden wir auch wirtschaftliche Speichertechnologien haben, die die saisonalen Schwankungen ausgleichen. Und auch die Speicherseen werden eine wichtige Rolle spielen.

Es braucht also einen Kapazitätsmarkt, in dem die Bereithaltung von Produktionskapazitäten honoriert wird? In der Studie wird dies jedoch nicht verlangt.

## Sichere Versorgung dank Austausch

st. · Gleich zwei Institutionen haben nach der Abstimmung über die Energiestrategie analysiert, ob die Sicherheit der Stromversorgung gewährleistet ist. Beide schätzen die Lage kurz- und mittelfristig als unkritisch ein: Die Eidgenössische Regulierungsbehörde Elcom untersuchte Stressszenarien mit Blick auf 2020. Selbst beim Ausfall der AKW Leibstadt und Gösgen im Winter und massiv weniger Importen aus Frankreich und Italien könnten Engpässe durch den Markt gerichtet werden, sagte Elcom-Geschäftsführer Renato Tami.

Einen längeren Zeitraum nahmen die Forschungsstellen «Energienetze» der ETH Zürich und «Nachhaltige Energie- und Wasserversorgung» der Universität Basel in den Blick. Sie kommen zum Schluss, dass die Versorgung bis ins Jahr 2035 gesichert ist, falls die Effizienz im Verbrauch steigt, der Anteil erneuerbarer Energie wächst und die Integra-

tion in den europäischen Strommarkt gelingt. Die Forscher gingen davon aus, dass Deutschland bis 2025 aus der Atomkraft aussteigt, in Frankreich der Anteil der Atomkraft bis 2035 leicht zurückgeht, Italien die Produktion aus thermischen Kraftwerken zurückfährt und diese Ausfälle durch erneuerbare Energien kompensiert werden. Nur beim Extremszenario, in dem alle Schweizer AKW vorzeitig abgeschaltet würden, Kapazitäten von Speicherkraftwerken stark reduziert wären und konventionelle Kraftwerke in den Nachbarländern forciert ausser Betrieb genommen würden, würde es ab 2025 kritisch. Bis 2030 könnten diese jedoch mit betrieblichen Massnahmen im Inland kompensiert werden. Erst wenn die Produktion zusätzlich sinke, würde die Kompensation ab 2030 schwieriger. «Der Eigenversorgungsgrad ist kein Indikator für das Niveau der Versor-

Genügen die Anreize, dass der erwartete Kapazitätsausbau Realität wird?

Mit den Beiträgen der kostendeckenden Einspeisevergütung und den Investitionsbeiträgen sind die budgetierten Zubauemengen bis 2035 realistisch. Bis dann sollte der Markt so funktionieren, dass es keine zusätzlichen staatlichen Investitionsanreize mehr braucht.

Beim Ausbau der Windenergie nützen selbst finanzielle Anreize nichts. Viele Projekte sind durch Einsparungen blockiert.

Das ist eben Demokratie. Die rechtlichen Probleme sind lösbar, es scheidert am Widerstand der Bevölkerung.

Wo muss die Politik aufgrund der Erkenntnisse aus der Studie tätig werden, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten?

Es braucht die Marktöffnung im Inland und den Zugang zum EU-Strombinnenmarkt. Seit der teilweisen Marktöffnung vor ein paar Jahren ist es unter den rund 700 Schweizer Versorgern zu keiner Konzentration gekommen. Mit weiterhin so vielen Akteuren und über 8000 Tarifen wird es schwierig. Sie müssen ihre Selbständigkeit nicht aufgeben, aber viel enger kooperieren.

Befürchten Sie, dass dieser föderalistische Wirrwarr das Stromabkommen mit der EU zu Fall bringen wird?

Eine Konsolidierung ist erwünscht, auch weil durch die vielen kleinen Einheiten die Effizienz geringer und die Kosten höher sind. Die kleinen Versorger sträuben sich gegen die vollständige Liberalisierung, weil wenig Leidensdruck besteht. Zudem haben sie sich von den Produzenten entolidarisiert. Da müssen wir mit den Kantonen und dem Verband der Elektrizitätsunternehmen sprechen und sagen: Wenn ihr weiter verantwortlich sein und Geschäfte machen wollt, müsst ihr euch anders strukturieren. Das wird sicher eine schwierige Diskussion.

Wer ist eigentlich künftig verantwortlich für die Versorgungssicherheit?

Einerseits jeder Versorger, andererseits das Gesamtsystem. Das optimale Zusammenspiel von Ein- und Ausspeisung, von Import und Export führt zu Versorgungssicherheit. Das ist wie bei Lebensmitteln, bei denen auch der Markt die Versorgung garantiert – mit dem Unterschied, dass beim Strom das Netz ein natürliches Monopol ist, für dessen Verfügbarkeit Swissgrid sorgt. Der Markt muss lernen, als Markt zu agieren.

Schwierig ist auch die Lage bei der Wasserkraft. Die Neugestaltung der Wasser-

zinsen mit einem fixen Grundbetrag und einem marktabhängigen Teil ist in der Vernehmlassung harsch kritisiert worden. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Die Branche und die Kantone haben sich keinen Millimeter bewegt. Das Spektrum reicht von abschaffen bis unverändert lassen. Ich verstehe, dass die Bergkantone nicht kampfflos auf die Millionen verzichten. Gleichzeitig ist immer noch unklar, wie gut oder schlecht es den Produzenten wirklich geht. Wir befragen nun die Stromkonzerne, damit sie mehr Transparenz schaffen. Wer sagt, mir geht es schlecht und ich brauche die Senkung, der soll die Zahlen offenlegen. Das ist bloss fair.

Warum soll der Bund dem Berggebiet Wasserzinsen entziehen, um den Stromfirmen zu helfen? In der Pflicht stehen doch die Mittellandkantone als Aktionäre.

Die Gebirgskantone sagen: Vierzig Jahre lang haben die Mittellandkantone gut am Wasser verdient, während die Entgelte für die Wasserkantone nur marginal stiegen. Inzwischen schütten aber die Stromkonzerne keine Dividenden mehr aus und müssen grosse Abschreiber vornehmen. Die perfekte Lösung haben wir noch nicht, aber nichts machen geht nicht. Dass man die Wasserzinsen marktorientierter ausgestaltet, sollte aber einleuchten. Die Energiewirtschaft ist in ihrem Denken schon weit weg von der eigentlichen Wirtschaft.

Mit der Energiestrategie wurde beschlossen, keine neuen AKW zu bauen und die jetzigen auslaufen zu lassen. Beinahe 1 steht seit rund tausend Tagen still. Macht es Ihnen als Energieministerin keine Sorgen, dass das Kraftwerk so lange für die Stromproduktion fehlt?

Beznau ist der Beweis, dass die Aufsichtsbehörde Ensi unabhängig ist und ihren Job macht. Das läuft streng nach Gesetz: Solange der Betreiber nicht nachgewiesen hat, dass das Werk die Sicherheitskriterien erfüllt, geht es nicht ans Netz. Das ist nichts Neues, die Betreiber kennen das betriebliche Risiko von Stillständen, das sich mit zunehmendem Alter akzentuieren kann. Wir gehen davon aus, dass sich das Ende des Betriebs letztlich aus einer Wirtschaftlichkeitsrechnung ergibt. Daher brauchen wir auch keine Laufzeitbegrenzung.

Also ist die lange Prüfdauer des Ensi auch eine Zermürbungstaktik?

Das ist ein Prozess zwischen Betreiber und Ensi. Wenn das Ensi so lange braucht, dann ist es so. Ich hoffe, dass es nochmals klappt, denn es wäre klug, noch einige Jahre von der Kernkraft zu profitieren. Wenn die Sicherheit gewährleistet ist, gibt es keinen Grund, die AKW vorzeitig abzuschalten.

Man rechnet mit einer Betriebsdauer von fünfzig Jahren. Wenn Strom knapp wird, könnte man die AKW darüber hinaus aber länger betreiben?

Fünfzig Jahre sind nur eine Annahme für Kostenrechnungen und kein genereller Wert. Bei manchen Werken kann es länger sein, bei andern nicht. Wir haben festgelegt, dass alle zehn Jahre der Sicherheitsnachweis erbracht wird und dass die Betreiber nicht nur die absolut nötigen Massnahmen treffen, sondern darüber hinaus investieren. Ich höre auch die Stimmen jener, welche die AKW verstaatlichen wollen. Das wäre für gewisse Betreiber und Aktionärskantone praktisch, um die Werke in der letzten Phase, wenn es teuer wird, an den Bund abzutreten. Das sehe ich aber gar nicht.

Interview: Giorgio V. Müller und Helmut Stalder